



Akademische Freiheit: Forschungsatmosphäre, Lehrklima und Debattenkultur an Schweizer Hochschulen

im Auftrag der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Annick Doriot: Junior Projektleiterin

Roland Rey: Mitarbeiter Administration

Nicole Calame: Externe Partnerin

Ässia Boukhatmi: Freelancerin

Bern, 06.04.2023

Inhaltsverzeichnis

1	METHODISCHES.....	4
2	MANAGEMENT SUMMARY	5
3	BEFUNDE.....	7
3.1	Allgemeine Fragen zur akademischen Freiheit.....	7
3.2	Forschungs- und Lehratmosphäre sowie Diskussionskultur.....	15
3.3	Cancel Culture.....	22
3.4	Anregungen und Lücken.....	26
4	SYNTHESE.....	30
5	ANHANG.....	33
5.1	gfs.bern-Team.....	33

1 Methodisches

Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung von qualitativen Leitfadeninterviews zum Thema der akademischen Freiheit.

Hierfür wurden 20 qualitative Leitfadeninterviews mit Vertreter:innen der Schweizer Hochschullandschaft durchgeführt. Es wurden drei Zielgruppen formuliert: Nachwuchsforschende/Mittelbau, Dozierende und Forscher:innen sowie Professor:innen. Die Interviews wurden zwischen dem 16. Dezember 2022 und 31. Januar 2023 realisiert.

Über die technischen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeberin	Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
Grundgesamtheit	Vertreter:innen der Schweizer Hochschullandschaft: - Nachwuchsforschende/Mittelbau - Dozierende und Forscher:innen - Professor:innen
Datenerhebung	Qualitative Leitfadeninterviews
Art der Stichprobenziehung	von der SAGW-Arbeitsgruppe erarbeitete Adressliste
Befragungszeitraum	16. Dezember 2022 bis 31. Januar 2023
Stichprobengrösse	Total Befragte CH N = 20 ----- - n Deutschschweiz = 12 - n Lateinische Schweiz = 8 ----- - n Universitäten = 17 - n Fachhochschulen = 3 ----- - n Nachwuchsforschende/Mittelbau = 6 - n Dozierende und Forscher:innen = 7 - n Professor:innen = 7 ----- - n Männer = 8 - n Frauen = 12

©gfs.bern, Akademische Freiheit, April 2023

2 Management Summary



Um aktuelle Entwicklungen und Kontinuitäten zum Thema der akademischen Freiheit an Schweizer Hochschulen zu eruieren, hat die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) das gfs.bern beauftragt, 20 qualitative Leitfadeninterviews mit Nachwuchsforschenden bzw. Mittelbauangehörigen, Dozierenden und Forschenden sowie mit Professor:innen durchzuführen. Es standen dabei Fragen zur Rolle der akademischen Freiheit, zur Forschungs- und Lehratmosphäre sowie zur Debattenkultur im Vordergrund.

Beim Verständnis der **AKADEMISCHEN FREIHEIT** zeigen die Rückmeldungen der Befragten, dass deren Wirkungsbereich mit zunehmender Arbeitserfahrung und höherem akademischen Grad weitreichender definiert wird. Es geht von den Rahmenbedingungen der Forschung (z.B. Methode, Autorenschaft) über die Übertragung von Forschungsansätzen in die Lehre hin zum Engagement und den (Meinungs-)Äusserungen. Normativ gesehen wird die akademische Freiheit als (öffentliches) Recht, als ein Privileg oder auch ein fixer Bestandteil der Forschung betrachtet. Erlebte Diskussionen handeln von Auslandskooperationen, Forschungsfinanzierung durch Dritte, Umgang mit diskriminierenden Quellen, forschungsbezogenen Konflikten mit Vorgesetzten sowie gesellschaftspolitischen Themen (z.B. #MeToo-Bewegung). Einschränkende Situationen werden an Symposien und Konferenzen, im Rahmen von Finanzierungsentscheiden und bei Forschungsthemen erlebt. Einflussfaktoren reichen von der Finanzierung über Zeitgeschehnisse (z.B. Ukrainekrieg) hin zu Druckausübung durch Studierende, durch die Öffentlichkeit oder durch andere Länder. Weniger Gelder gesprochen werden für geisteswissenschaftliche sowie für aus gesellschaftlich/politischer Sicht weniger interessante und nutzbringende Forschungsthemen (z.B. Gender Studies oder Race) und für die Grundlagenforschung (im Vergleich zur angewandten Forschung). Negativwirkende Strukturelemente sind die eingeschränkten internationalen Kooperationsmöglichkeiten, die Kommerzialisierung und Finanzierung der Forschung, Zeitgeschehnisse sowie gesellschaftliche Veränderungen (z.B. Sympathien für autoritäre Regime). Strukturelle Elemente, die sich positiv auf die akademische Freiheit auswirken, sind das politische System und die liberale Einstellung der Schweiz sowie der Austausch zwischen den Universitäten. Ambivalent betrachtet wird die Beziehung zwischen den Kantonen und den Universitäten. Den meisten Befragten sind Fälle bekannt oder sind für sie zumindest denkbar, bei denen Menschen an Schweizer Hochschulen aufgrund des Geschlechts, des (akademischen) Alters oder der Herkunft/Nationalität diskriminiert werden. Vernachlässigte Studienrichtungen/Forschungsbereiche sind Geistes- und Sozialwissenschaften im Vergleich zu Naturwissenschaften, was unter anderem auf die verwendeten Forschungsmethoden und die

Wahrnehmung bzw. Beurteilung des mutmasslichen Nutzens für die Gesellschaft zurückgeführt wird.



Bezüglich der **FORSCHUNGS- UND LEHRATMOSPHÄRE SOWIE DER DISKUSSIONSKULTUR** gibt eine Mehrheit der Befragten an, die ethischen Richtlinien zu kennen oder geht zumindest von deren Existenz aus. Die Meinungsvielfalt und Toleranzkultur werden an Schweizer Hochschulen als gegeben betrachtet, auch wenn sie nicht über alle Themen und Institutionen hinweg gleich ausfallen. Es wird auch angemerkt, dass die Entscheidungsträger:innen und Mitarbeitenden massgeblichen Einfluss darauf haben. Die Diskussionskultur wird mehrheitlich als gut befunden, aber die Meinungen divergieren hinsichtlich der Entwicklungsrichtung im Sinne einer Verbesserung oder Verschlechterung. Die davon am häufigsten tangierten Themen sind Gender, die Corona-Pandemie, Herkunft/Race sowie Diversität. Hinsichtlich erlebter Reaktionen im Rahmen von Lehrveranstaltungen gehen die Erfahrungen auseinander: die einen haben positive und die anderen negative Reaktionen erlebt. Von negativen Rückmeldungen aufgrund von politischen Stellungnahmen oder öffentlichen Äusserungen berichtet etwa die Hälfte der Befragten.



Hinsichtlich **CANCEL CULTURE** gibt es Nennungen von Selbstzensur, Zugehörigkeit zu ideologischen Minderheiten und stärkeren Reaktionen vonseiten der Studierenden. Die Meinungen bezüglich der Konsequenzen sind nicht eindeutig, da einige auch von positiven Effekten ausgehen, beispielsweise eines Überdenkens des eigenen Handelns und Forschens. Als Gegenmassnahmen werden unter anderem präventive Deeskalation durch Kontextualisierung, Dialog und wissenschaftliche Behandlung des Themas genannt. In Zusammenhang mit Cancel Culture werden einzelne betroffene Personen oder abgesagte Veranstaltungen erwähnt, wobei Blockaden und Dialogabbrüche insofern negativ beurteilt werden, als sie zu Wissensverlusten und fehlender Konfrontation mit abweichenden Sichtweisen führen. Diese Ansicht wird dadurch bestärkt, dass diskriminierende Inhalte und Quellen gemäss einer Mehrheit beibehalten, aber zwingend kritisch analysiert, kontextualisiert und diskutiert werden müssen. Es wird aber auch gesagt, dass eine gewisse Aufklärungsarbeit vonnöten sei, damit diese Quellen und Inhalte korrekt situativ eingeordnet werden könnten und die notwendige Distanz markiert werden könne. Hierzu könnten Coaching-Programme und Weiterbildungen nützlich sein. Es wird ersichtlich, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem medial geführten Diskurs und der an Hochschulen gelebten Praxis.

3 Befunde

3.1 Allgemeine Fragen zur akademischen Freiheit

3.1.1 Assoziationen zum Begriff der akademischen Freiheit



Die **AKADEMISCHE FREIHEIT** oder Wissenschaftsfreiheit ist als Grundrecht in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft verankert. In historischer und rechtlicher Perspektive bezieht sich die akademische Freiheit primär auf die Freiheit von wissenschaftlichen Institutionen gegenüber staatlichen Eingriffen. Was kommt Ihnen in den Sinn, wenn Sie heute an den Begriff der akademischen Freiheit denken?

«Die Freiheit, eigene oder selbst gewählte Forschungsfragen zu verfolgen, die man für relevant, wichtig, sinnvoll, interessant, spannend für die Forschung hält, ohne dass einem dabei irgendwelche Grenzen gesetzt werden.»
(Dozierende:r/Forscher:in, Universität)

Bei den **Nachwuchsforschenden** respektive dem **Mittelbau** wird die akademische Freiheit im Grundsatz als Entscheidungsfreiheit über Forschungsthemen ohne politischen Einfluss verstanden. Darüber hinaus werden zudem die Autorschaft bei wissenschaftlichen Publikationen und die Übertragung von Forschungsansätzen in die Lehre auch zur akademischen Freiheit dazugezählt. Als legitime eingrenzende Rahmenbedingung wird die Wissenschaftsethik genannt. Wenig bis gar keinen Einfluss auf die eigene Forschungstätigkeit sollten öffentliche Trends und die damit verbundenen finanziellen Anreize sowie der Staat, (Forschungs-)Institutionen oder Dritte haben.

Bei den **Dozierenden** und **Forscher:innen** wird die Reichweite der akademischen Freiheit so definiert, dass man die Freiheit hätte, Inhalte zu definieren und relevante Dinge auszusprechen. Eine Person äussert sich dazu, dass die Gender-Diskussion erst durch die akademische Freiheit möglich wurde und dass in musischen Fachrichtungen auch die Methodenvielfalt grösser und die Hierarchien flacher seien. Einmal wird der Begriff der akademischen Freiheit in Abgrenzung zum Begriff Cancel Culture genannt, aber man anerkennt sie auch als effektives und öffentliches Recht sowie als festen Bestandteil der wissenschaftlichen Tätigkeit.

Bei den **Professor:innen** umfasst die akademische Freiheit die staatliche Gewährleistung des Bildungszuganges sowie «dass wir für die Gesellschaft nützlich sind, wenn wir die Freiheit haben, an Dingen zu arbeiten, die uns notwendig und nicht unbedingt (...) nützlich erscheinen. Dieser Utilitarismus kann staatliche oder private politische Kreise haben und nimmt Einfluss auf die Arbeit von Forscher:innen.» Des Weiteren gehört zur akademischen Freiheit, dass Forscher:innen ihr akademisches und gesellschaftliches Engagement artikulieren können. Die Meinungsfreiheit wird ebenfalls in den Geltungsbereich der akademischen Freiheit einbezogen. An Universitäten gäbe es eine steigende Anzahl an Professor:innen, welche eher konservativ oder rechts seien, die sich Sorgen um die akademische Freiheit machen würden. Ein gewisser Dissens bezüglich der

Verbindlichkeit der akademischen Freiheit ist erkennbar, da es Vertreter:innen gibt, die in der akademischen Freiheit ein grosses, aber nicht selbstverständliches Privileg sehen, während andere die rechtliche Verankerung in der Bundesverfassung betonen. Thematisch vorbestimmte Projektausschreibungen (z.B. COVID, Nachhaltigkeit) werden als Einschränkung wahrgenommen, da die Forschung in eine bestimmte Richtung kanalisiert werde.

3.1.2 Hatten Sie in den vergangenen Jahren **DISKUSSIONEN** in Zusammenhang mit akademischer Freiheit? Falls ja, worüber und mit wem?

«Mit Partner:innen oder Freund:innen an der Universität. Wobei es meistens darum ging, dass man Forschung betreiben muss, welche sich schlussendlich auch veröffentlichen lässt. Diese Diskussionen finden statt, weil nur Forschung veröffentlicht wird, welche auch zu Ergebnissen kommt.»
(Nachwuchsforschende/Mittelbau, Universität)

Insgesamt vier Teilnehmer:innen aus allen Gruppen beantworten diese Frage mit «Nein». Drei Teilnehmer:innen berichten von Diskussionen mit Kolleg:innen im universitären Umfeld, gerade in Bezug auf die Einwerbung von Drittmitteln, wobei zwei davon die damit verbundene Lenkung in eine thematisch bestimmte Richtung nennen.

In der Gruppe der **Nachwuchsforschenden** wird die akademische Freiheit und deren Einschränkung im Rahmen von Auslands Kooperationen (z.B. mit China und Russland), aber auch im Umgang mit Vorgesetzten diskutiert. Bei Letzterem wird konkret bemängelt, dass es Vorgesetzte gäbe, die beim Verfassen einer Publikation nicht mitgewirkt hätten, aber dennoch ihren Namen auf die Publikation setzen wollten und dafür die Hierarchie zu ihren Gunsten als Druckmittel nutzten.

Bei den **Dozierenden** und **Forscher:innen** werden heftige Diskussionen zu Selbstbestimmung, Emanzipation, Frauenrechten und zur MeToo-Debatte genannt. Letzteres insbesondere, weil es an Fachhochschulen, bei denen Lehrer:innen und Studierende oftmals in einem 1:1-Verhältnis arbeiten, zu missverständlichen oder unbeabsichtigten Grenzüberschreitungen kommen könne. Des Weiteren wird auch der Einfluss von Finanzierungsträger:innen (z.B. Private oder Stiftungen) auf bestimmte Lehrstühle und Projekte genannt und hinterfragt, ob in der Konsequenz Projekte und Professuren im Sinne der Wissenschaft ausgeführt bzw. besetzt würden oder ob diese zu abhängig von der Förderung seien.

Die **Professor:innen** berichten ebenfalls von regelmässigen Diskussionen mit Arbeitskollegen/Arbeitskolleginnen oder in anderen kleinen Gruppen, aber weniger innerhalb der gleichen Fakultät. Die Themen reichen von Cancel Culture hin zum Doppelblindgutachten-Prozess, der stark in die Forschungsinhalte eingreife, weil es fast nicht möglich sei, sich den Vorschlägen zu widersetzen. Konkrete persönliche Beispiele sind Folgefragen, die im Rahmen eines Einstellungsprozesses an einen Bewerber gestellt wurden, der in seinem Heimatland in einer linken politischen Bewegung aktiv war. Der Rückzug der Kandidatur dieses Bewerbers führte zur Diskussion, ob hierbei die akademische Freiheit und Integrität verletzt wurde. Ein weiteres Beispiel sei die Diskussion über die Entscheidung gegen Einführungen von Publikationen mit

rechtsextremen Inhalten in die universitäre Bibliothek im Rahmen einer Doktorarbeit, mit der Begründung, «dass die akademische Freiheit auch dann bestehe, wenn man sich dazu äussert, wann und wo etwas angeschafft werden müsse.» Des Weiteren wurde beispielsweise ein Kurs für Doktoranden zum Thema ethische und rechtliche Herausforderungen in der Forschung durchgeführt, in welchem die rechtliche und praktische Sicht der Freiheit diskutiert wurde.

3.1.3 Haben Sie in den letzten fünf Jahren Situationen erlebt, in denen die akademische Freiheit tangiert war?

Sechs der interviewten Personen beantworteten diese Frage mit «Nein» und eine Person gibt keine Antwort.

«Ich hatte sehr starken Druck von amerikanischen Kollegen, mindestens eine schwarze Person unter den Rednern zu haben. Ich fand es so lächerlich und unerträglich, diese Art der Filterung von Menschen zu haben, dass ich schliesslich Nein sagte.» (Professor:in, Universität)

Nachwuchsforschende berichten von Forscher:innen, die aufgrund ihrer Forschungsthemen stark angegriffen wurden, weil Inhalte der Forschung als schlecht für die soziale Ordnung und Gesellschaft bewertet wurden. Des Weiteren wird erwähnt, dass es bereits Diskussionen am Institut gegeben habe, welche Forschungsprojekte finanziert würden und welche nicht. Auch die COVID Task Force wird erwähnt, weil sie während der Pandemie die Diskussion eröffnete, wann und wie die Wissenschaft mitreden dürfe.

Bei den **Dozierenden** und **Forscher:innen** werden Einschränkungen der akademischen Freiheit aufgrund der Berücksichtigung von Methoden und Diskursen (z.B. Diversität und Gender) bei Drittmittelakquise sowie der Nichtbewilligung von Forschungsgeldern erwähnt. Bei letzterem Fall wird aber auch infrage gestellt, inwiefern Ablehnungen von Gremien mit der methodischen Argumentation oder auch mit der gewählten Thematik zusammenhängen. Eine Hochschulvertretung berichtet, dass beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) eingereichte Projekte in Kooperation mit einer Universität leichter durchzusetzen seien, da die Vertreter:innen der Gremien oft selbst Universitätsangehörige seien, welche (künstlerische) Methoden anders bzw. kritisierend beurteilten. Ein weiterer Kritikpunkt am SNF bezieht sich auf eine positiv diskriminierende Haltung zu Themen mit einem Bezug zur Schweiz, beispielsweise der alpinen Kultur.

Bei den **Professor:innen** wird erwähnt, dass die Medien oft infrage stellten, ob Forscher:innen das Recht hätten, sich als Klimaaktivist:innen zu engagieren. Eine persönliche Erfahrung bezieht sich auf ein wissenschaftliches Symposium, welches den Oberbegriff der Cultural Studies (inklusive Themen wie Gender, Postkolonialismus und Diversität) hinterfragte. Dies wird als eine «Infragestellung der akademischen Freiheit durch die Politik» empfunden. Eine weitere Person berichtet von der Planung einer Konferenz mit einem amerikanischen Verein, welcher für die Hauptredner:in eine Person of Color voraussetzte. Die geäusserte Ablehnung gegen diese Anforderung

erregte Aufsehen und erweckte den Eindruck, dass in den Augen anderer diskriminierend gehandelt wurde.

3.1.4 Gibt es Ihres Erachtens **AKTEURE, ENTWICKLUNGEN** oder **EREIGNISSE**, im In- oder Ausland, die einen Einfluss auf die akademische Freiheit in der Schweiz haben – positiv wie negativ?

«Die Finanzen sehe ich als Gefahr für die Forschungsfreiheit. Da führt kein Weg an Drittmitteln vorbei. Dann stellt sich die Frage, wie wichtig die Forschung, welche man gerade betreibt, auch wirklich ist, wenn jetzt gerade andere Themen aktuell sind (...).» (Nachwuchsforschende/Mittelbau, Universität)

Bei den **Nachwuchsforschenden** bzw. beim **Mittelbau** wird die finanzielle Unterstützung des Bundes positiv bewertet. Als negativ identifiziert werden die Auftragsfinanzierung in der (wirtschaftswissenschaftlichen) Forschung (z.B. Auftraggeber:innen für Studien während Pandemie), die wirtschaftliche Leitung und kompetitive Ausrichtung von Schweizer Hochschulen, die Druckausübung von Mittelbauorganisationen auf Professor:innen sowie die Öffentlichkeit. Letzteres wird konkret erwähnt bei intern finanzierten Forschungsprojekten, welche Themen behandeln, die in der Gesellschaft nicht viel Unterstützung erfahren (z.B. Gender Studies). Eine Person gibt an, keine Einflüsse in der Schweiz zu kennen, aber von Restriktionen für gewisse Forschungsprojekte im Ausland gehört zu haben. Eine andere Person setzt Wissenschaftspraktiken gar mit Wissenschaftsfinanzierung gleich, weil die Finanzierung unweigerlich die Art und Weise der Forschung beeinflusse. Deswegen sei es nötig, die Forschungsfinanzierung zu hinterfragen.

Dozierende und **Forscher:innen** nennen die Depothinterlegung für Kooperationsprojekte zwischen der Schweiz und anderen Ländern, den eingeschränkten Zugriff der Schweiz auf Fördertöpfe, den Einfluss der USA auf die Diskussionskultur innerhalb akademischer Einrichtungen, die Vorsicht zur Äusserung politischer Tendenzen (z.B. Ukrainekrieg) und den Einfluss der Pharmaindustrie als negative Einflüsse auf die akademische Freiheit. Eine negative Entwicklung wird auch darin gesehen, dass sich PhD-Programme vom dritten Zyklus (eigenständiges Doktorat an Fachhochschulen) im Ausland besser realisieren liessen, da diese in der Schweiz durch Universitäten blockiert würden. Eine Person erzählt von der Aufforderung, immer mehr digital mit Open Access zu publizieren, und erkennt dies als einen Bestandteil der Entwicklung der akademischen Freiheit an, ohne diese als negativ oder positiv zu bewerten.

Bei den **Professor:innen** werden die folgenden Punkte als negative Einflüsse aufgeführt: die symbolische Verschärfung der Verwendung bestimmter Begrifflichkeiten, eine weniger leidenschaftliche Debattenkultur in der Schweiz als in anderen Ländern sowie der Druck von Studierenden auf die Universitätsverantwortlichen, damit diese nicht als diskriminierend wirken. Eine Person argumentiert, dass all diejenigen, die sich gegen die Wahrung der Freiheitsrechte einsetzen, mit dieser Handlung respektive Ansicht Sympathien für autoritäre Regimes stärken. Gewünscht wird, dass Schweizer

Hochschulen explizit aufzeigen, dass sie grossen Wert auf Meinungsvielfalt legen. Eine persönliche Erfahrung handelt von Selbstzensur aufgrund von in Amerika beobachteter Entlassungen anlässlich von Äusserungen. Als Anschauungsbeispiele für Akteur:innen mit kontroversen Ansichten (z.B. Transphobie und Pädophilie), deren Inhalte teilweise gecancelt wurden, werden Jordan Peterson und Milo Yiannopoulos genannt. Der Demokratieindex vom Economist wird ebenfalls erwähnt, weil es jedes Jahr weniger Demokratie gibt und die akademische Freiheit dadurch weltweit immer mehr unter Druck gerät. Die davon betroffenen Forscher:innen aus nichtdemokratischen Ländern suchen den Kontakt zu Forschungsumfeldern, die eine offene Gesellschaft und eine freiheitliche demokratische Verfassung bieten, welche ihnen ermöglicht, frei zu forschen.

3.1.5 Gibt es gemäss Ihrer Erfahrung **FORSCHUNGSBEREICHE**, für die aufgrund der politischen oder gesellschaftlichen Interessenlage in den vergangenen fünf Jahren **KEINE ODER WENIGER** Gelder gesprochen wurden?

Diese Frage wurde von insgesamt sechs Personen nicht respektive mit «Nein» beantwortet.

«Wir alle brauchen mehr Ressourcen. Wir neigen immer dazu zu denken, dass es jetzt die politisch Korrekten oder Falschen sind, die mehr Geld erhalten. Dafür habe ich keinen Beweis.» (Professor:in, Universität)

Gemäss den **Nachwuchsforschenden bzw. dem Mittelbau** werden keine oder weniger Gelder gesprochen in Gebieten wie etwa Gender Studies. Auch wenn Projekte in diesen Themengebieten intern finanziell unterstützt werden, erfahren sie in der Öffentlichkeit viel Gegenwind, was sich auch auf die Finanzierung auswirken könnte. Des Weiteren werde politisch aktuell mehr die angewandte Forschung unterstützt, was dem internen Bedürfnis nach Grundlagenforschung widerspreche und dementsprechend Einfluss auf die Forschungsinhalte habe. Vorübergehende europäische Massnahmen haben zu einem Geldverlust vor allem für nicht fest angestellte Forscher:innen geführt.

Bei den **Dozierenden und Forscher:innen** ist man der Ansicht, dass Themen, welche nicht stark mit Digitalisierung, Gesundheit oder Nachhaltigkeit verbunden seien, weniger gefördert würden. Konkret genannte Themen, welche weniger Unterstützung hätten und dies auch erst seit Kurzem, sind Gender und Race. Ebenfalls weniger Gelder gesprochen würden in Disziplinen, welche zeitaufwändig, interdisziplinär, unpolitischer oder kurzfristiger Natur seien. Für (Kunst)Fachhochschulen sei es gemäss ihren Vertreter:innen schwieriger, finanzielle Unterstützung vom SNF zu erhalten, wenn keine Kooperation mit einer Universität bestehe. Aktuell wird aber auch beobachtet, dass neuerdings die angewandte Forschung durch den SNF unterstützt würde. Es wird auch berichtet, dass geisteswissenschaftliche Forschungsthemen weniger finanzielle Unterstützung erfahren als naturwissenschaftliche Thematiken.

Die **Professor:innen** anerkennen ebenfalls die politische Instrumentalisierung durch die Institutionen. Beispielsweise führe das breite Interesse an der Chancengleichheit dazu, dass Männer geringere Förderchancen hätten, aber gleichzeitig werde auch die

Notwendigkeit anerkannt, dass die Ungleichheiten der Vergangenheit ausgeglichen werden sollten. Weitere Einflussfaktoren auf die finanzielle Unterstützung seien die stärkere Ausrichtung gewisser Kriterien auf die Naturwissenschaften sowie dass die zweckgebundene respektive nützlichkeitsbasierte Forschung auf mehr Anklang stiesse. Beim letzteren Punkt kann jedoch nicht beurteilt werden, ob der Prozentsatz der Grundlagenforschung im gleichen Mass zurückgegangen sei.

3.1.6 Gibt es Ihrer Ansicht nach **STRUKTURELLE ELEMENTE** oder **VERHÄLTNISSE**, welche die akademische Freiheit in der Schweiz positiv oder negativ beeinflussen?

Zwei Personen beantworten diese Frage nicht und eine Person mit «Nein».

«Dieses Gleichstellungs- und Diversitätsbüro besteht darauf, dass wir Unterricht zum Thema Gender geben, als ob diesen Fragen irgendeine Priorität eingeräumt werden sollte.» (Professor:in, Universität)

Aus Sicht der **Nachwuchsforschenden bzw. des Mittelbaus** wirken sich der regelmässige Austausch und die Anregungen zwischen Universitäten und das Selbstverständnis der Universitäten als forschungsfreier Raum positiv auf die akademische Freiheit aus. Um die akademische Freiheit zu verbessern, fordert eine Person eine gesetzliche Verankerung der Forschungsfreiheit in allen Universitäten, gerade in Bezug auf Themenwahl und Projektverwaltung bei Mitarbeitenden mit Dokortitel, um die Unabhängigkeit von ihren Vorgesetzten zu gewährleisten.

Gemäss **Dozierenden und Forscher:innen** wirken sich die Fokussierung auf Themen mit Bezug zur Schweiz, die eingeschränkten internationalen Beteiligungsmöglichkeiten der Schweiz, die wahrgenommene finanzielle Benachteiligung von Kunsthochschulen sowie die drohende Kürzung der öffentlichen Mittel und die damit verbundene Notwendigkeit von Privatgeldern negativ auf die akademische Freiheit aus. Weitere negative Einflussfaktoren seien die Ökonomisierung der Schweizer Hochschulen im Rahmen der Bologna-Reform und der Fokus auf den Erwerb von Drittmitteln (v.a. in oberen Hierarchieebenen). Ein positiver Einfluss wird attestiert für die föderalistische Organisation der Universitäten. Ebenfalls ein Einfluss, wenn auch nicht immer klar, ob positiv oder negativ, wird den historisch gewachsenen Institutionsstrukturen und den damit verbundenen Hierarchien, der Organernennung in Universitäten durch die Politik sowie bestimmten Ereignissen (z.B. Klimawandel, Pandemie, Krieg und Finanzkrise) attestiert.

Im Kreise der **Professor:innen** wird ebenfalls auf den (negativen) Einfluss von Ereignissen (z.B. Fussball-WM in Katar oder Ukrainekrieg) verwiesen, welcher aber wohl durch das ausgewogene und politische System der Schweiz langfristig gemindert würde. Ebenfalls erwähnt wird auch hier der ambivalente Einfluss der engen Beziehungen zwischen (universitären) Hochschulen und Kantonsregierungen, welche einerseits die akademische Freiheit einschränken können, aber andererseits auch zu mehr Forschungsgeldern führen könnten. Ein weiteres wichtiges strukturelles Element seien zudem die Forschungskommissionen und Rektorate von Universitäten, welche sich

gemäss einer Person auch proaktiv zu relevanten Themen äussern sollten. Als positiv werden die bestehenden politischen Strukturen sowie die liberale und wettbewerbsfreundliche Schweiz betrachtet. Als negative Einflussfaktoren werden gesellschaftliche Veränderungen (z.B. Sympathien für autoritäre Regimes) und die Kommerzialisierung der Forschungen genannt.

3.1.7 Denken Sie, dass es Personen an Schweizer Hochschulen gibt, die in ihrer Tätigkeit diskriminiert oder delegitimiert werden aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters oder ihrer Herkunft bzw. Nationalität?

Eine befragte Person beantwortet diese Frage mit «Nein» und sechs Teilnehmer:innen ausschliesslich mit «Ja», wobei einige dieser selbst keine Fälle miterlebt haben oder nennen können.

«Schauen Sie sich nur die akademischen Hintergründe an und dann den Anteil an nicht-weissen Menschen, Frauen, nicht-weissen Frauen in festen/stabilen Positionen. Ich denke, die Antwort liegt in der Statistik.»
(Nachwuchsforschende/Mittelbau, Universität)

Aus Sicht der **Nachwuchsforschenden bzw. des Mittelbaus** ist vor allem die Diskriminierung von Frauen und jüngeren Personen sowie in Bezug auf Nationalität denkbar. Eine Person ist überzeugt davon, dass im Mittelbau jüngere Personen bevorzugt werden, da sie mit Hinblick auf Forschungsthemen manipulierbarer seien. Eine Vertreterin spürt die Geschlechterdiskriminierung sowie eine geringe Diversität in ihrem Arbeitsumfeld. Positiv hervorgehoben wird jedoch, dass Diskriminierung stärker thematisiert würde, wobei jedoch fraglich sei, ob dies auch zu Veränderungen führen würde. Eine Person macht darauf aufmerksam, dass Universitäten eine Vorreiterrolle übernehmen sollten, um Diskriminierungsfälle zu reduzieren.

Die **Dozierenden und Forscher:innen** nennen den Gender Pay Gap, die erschwerte Kinderbetreuung für Frauen, die Quotenregelungen für Frauen (als Diskriminierung gegenüber den Männern) sowie den Mangel an unbefristeten Stellen in Lehre und Forschung, welcher die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie noch weiter erschwere. Mehrfach wird Diskriminierung im Zusammenhang mit Nationalität/Herkunft und Religion genannt und gesagt, dass die Orientierung am akademischen Alter dazu führe, dass Personen, die schnell in ihrer Karriere vorankommen, bevorzugt würden.

Bei den **Professor:innen** berichtet eine Person, dass sie selber Diskriminierung erlebt und auch von vielen Fällen gehört habe. Dies sei aber nicht ein Problem, das nur in Schweizer Hochschulen vorkäme. Gleichzeitig wird aber auch die Beobachtung geteilt, dass viele Identitätsfaktoren einen enormen Einfluss darauf haben, wie Menschen ihr Zugehörigkeitsgefühl innerhalb der Institution erleben. Eine andere Person erwähnt, dass Diskriminierung heute auf sehr unauffällige Weise geschehe, und berichtet, dass die eigene Universität versucht, die Diversität auf institutioneller Ebene voranzutreiben. Eine Person berichtet ausserdem von einigen festangestellten Dozent:innen und Professor:innen, aber auch vielen Nachwuchskräften, die in relativ prekären Verhältnissen leben, und schliesst nicht aus, dass dies aufgrund einer systematischen Altersdiskriminie-

rung passiere. Die gleiche Person sagt, dass die aktuellen Karrierewege an den Universitäten dazu führen, dass Leute zehn Jahre in prekären Verhältnissen leben und nicht wissen, ob sie dann eine Stelle finden oder mit Ende 40 wegen Überqualifikation aufs Sozialamt gehen müssen.

3.1.8 Denken Sie, dass es Forschungsbereiche oder Studienfächer gibt, deren Legitimität abgesprochen wird oder die zu wenig Aufmerksamkeit erhalten?

Jeweils eine Person gibt keine Antwort oder antwortet mit «Nein».

«Insofern ist schon klar, dass jene Studienfächer, die auf den ersten Blick keine finanziell quantifizierbare Leistung erbringen, weil sie für die Kultur in unserer Gesellschaft sorgen oder, wie die Geisteswissenschaften, bestimmte Dinge reflektieren, weniger Aufmerksamkeit erhalten.»
(Dozierende:r/Forscher:in, Fachhochschule)

Rund die Hälfte aller Interview-Teilnehmer:innen aus allen Gruppen gibt an, dass allgemein Geistes- und Sozialwissenschaften weniger Aufmerksamkeit respektive Legitimität erhalten. Dies kann verschiedene Gründe haben, wovon die Abschwächung der Relevanz durch die Politik, die Feindseligkeit gegenüber der revolutionären Rolle von Kunst, Literatur und Philosophie, geringere Budgets und Fördermittel sowie die Hinterfragung der Nützlichkeit dieser Forschungsbereiche von den Teilnehmer:innen genannt werden.

Bei den **Nachwuchsforschenden** bzw. **beim Mittelbau** wird geäußert, dass Wissenschaftsbereiche wie die Kunst- und Literaturwissenschaften als solche hinterfragt werden. Relativierend wird aber hinzugefügt, dass diese Studienrichtungen in der Schweiz dennoch Wissenschaftsfreiheit geniessen und Aufmerksamkeit erhalten würden. Eine Person erwähnt, dass die Ethnologie weniger Aufmerksamkeit erhalte, kann hierfür jedoch keinen Grund nennen. Eine andere Person erklärt, dass Forschungsfelder entweder theoretisch oder praktisch angesiedelt und nicht interdisziplinär behandelt werden könnten, wodurch die vorgesetzte Person meist die Entscheidungsbefugnis über den Forschungsansatz habe. Ebenfalls beklagt wird das Auswahlverfahren des SNF, welches sich stark auf die antragstellende Person und deren bisherigen Werdegang, jedoch weniger auf den Projektbeschreibung allein fokussiere.

Die **Dozierenden** und **Forscher:innen** berichten von einer stärkeren Nachfrage nach naturwissenschaftlichen Themen (z.B. Infektiologie) während der Pandemie. Als vernachlässigte oder delegitimierte Studienfächer werden jene genannt, welche nicht mit quantitativen oder empirischen Forschungsmethoden arbeiten und somit als unseriös und unwissenschaftlich wahrgenommen werden oder zu wenig politische Anerkennung für die verwendeten Forschungsmethoden geniessen. Ebenfalls erwähnt wird, dass alles Künstlerische wenig Beachtung finde, weil das universitäre, wissenschaftliche Denken bevorzugt werde. Ein weiterer genannter Kritikpunkt bezieht sich auf den Entwicklungsprozess neuer Studiengänge, bei welchem oft intern gefragt werde, in welchem Unternehmen diese angesiedelt werden, was eine Assoziation mit dem kapitalistischen System mit sich bringe.

Bei den **Professor:innen** werden die Ungleichbehandlungen von Studienrichtungen sowie die unterschiedliche Definition von «Wissenschaft» ebenfalls erwähnt. Namentlich gibt eine Person an, dass ein idealisiertes Verständnis von Wissenschaft herrsche, wozu die Naturwissenschaft(en), Laborwissenschaft(en) und die experimentelle(n) Wissenschaft(en) stärker als andere Wissenschaften gezählt werden. Eine andere Person weist darauf hin, dass die Gesellschaft eine Vielzahl von Disziplinen benötige und dass sich Institutionen um eine ausgewogene Sichtweise bemühen, da es schlecht wäre, ein Legitimationsprinzip regieren zu lassen.

3.2 Forschungs- und Lehratmosphäre sowie Diskussionskultur

3.2.1 Gibt es an Ihrer Hochschule **ETHISCHE RICHTLINIEN** bezüglich Forschungsatmosphäre und Lehrklima?

Insgesamt drei Teilnehmer:innen aus allen Gruppen geben an, keine Richtlinien zu haben, und sieben Befragte gehen davon aus, dass es vermutlich Richtlinien gebe, sie diese jedoch nicht kennen, wobei eine Person davon ausgeht, dass Vorschriften, wenn sie denn beständen, auf der Ebene der Dekanate und des Rektorats behandelt würden.

«Die Idee ist, einen sicheren Rahmen für Forschende zu schaffen, die ihre akademische Freiheit in der Wissenschaft ausüben wollen.» (Professor:in, Universität)

Bei den **Nachwuchsforschenden bzw. beim Mittelbau** berichtet eine Person von einem Ethikkodex und einer Ethikkommission, die in den Forschungsprotokollen aufgeführt seien. Eine andere Person erwähnt, dass die an ihrer Einrichtung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzlos seien und dass es beispielsweise bei der Beförderung von Professor:innen keine Kriterien dafür gebe, wie sie mit ihren Mitarbeiter:innen zusammenarbeiten müssen. Weiterhin bemängelt die gleiche Person, dass Mitarbeiter:innen der «unteren Ebene» dazu verpflichtet seien, ihre Kurse alle drei Jahre bewerten zu lassen, während Professoren dies nur alle sieben Jahre müssen.

In der Gruppe der **Dozierenden und Forscher:innen** erzählt eine Person von einem Lehrkodex, der sich stark mit Diversitätsfragen und geschlechtersensibler Sprache beschäftige und sich aktuell in der Entwicklung befinde. Weiterhin berichtet sie von einer Ethikkommission, die im Rahmen einer Partnerschaft mit einer chinesischen Hochschule zu viel Kritik geäussert und entsprechend Diskussion geführt habe, da in China andere ethische Richtlinien gelten, die die Meinungsfreiheit einschränken. Eine andere Person erwähnt einen «Code of Conduct», welcher im Rahmen einer Evaluierung 2019 eingeführt wurde, wobei ihrer Ansicht nach fraglich sei, ob dieser auch gelebt werde. Wiederum eine andere Person berichtet von ungeschriebenen Regeln und Richtlinien für ein liberales Lehrklima und eine freie Diskussionskultur, sowie von Richtlinien, die beispielsweise eine geschlechtergerechte Sprache fördern. Eine Hochschulvertretung erwähnt Workshops, die zur Stärkung der Diskussionskultur in Bezug auf die MeToo-Debatte beitragen sollten.

Gemäss einer Mehrheit der **Professor:innen** gibt es ethische Richtlinien in verschiedenen Ausprägungen. Eine Person erzählt von Chartas zur Meinungsfreiheit,

welche einen bestimmten Rahmen und bewährte Praktiken festlegen. Eine andere Person nennt einen Ethikkodex, welcher sieben Grundsätze beinhalte, wovon der erste Grundsatz die akademische Integrität und Freiheit beschreibe. Eine dritte Person erwähnt ein Integritätsbüro, welches Richtlinien zum Verhalten bei Themen wie sexueller Belästigung oder geeigneter Wortwahl definiere. Ein:e Vertreter:in hingegen berichtet von wenig Richtlinien und vielen Problemfällen in der eigenen Einrichtung, unter anderem von Karriereabbrecher:innen, psychologischen Krisen, Suizidversuchen oder geringen Löhnen für Doktorand:innen.

3.2.2 Wie beurteilen Sie im Allgemeinen die **MEINUNGSVIELFALT UND DAS KLIMA DER TOLERANZ** an den Schweizer Hochschulen in den letzten fünf Jahren?

«Alle Hochschulen fördern ein Klima der akademischen Freiheit in der Schweiz. Wir fühlen uns in einer sicheren Umgebung, um zu sagen, was wir sagen wollen.»
(Professor:in, Universität)

Aus Sicht der **Nachwuchsforschenden bzw. des Mittelbaus** ist die Meinungsvielfalt und Toleranz durchaus gegeben, auch wenn nicht an allen Hochschulen und über alle meinungsrelevanten Themen hinweg. Eine steigende Themensensibilisierung wird in Bezug auf Konfliktgebiete (z.B. Ukraine) sowie Diskussionen zu Gender, Diskriminierung und Diversität attestiert. Diese erhöhte Aufmerksamkeit führt auch zu einer schnelleren Reaktion von Studierenden und Dozierenden. Eine Person erklärt, dass während der Pandemie Meinungsverschiedenheiten stärker ersichtlich wurden, wobei nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politische Aspekte in diesen Diskussionen aufkamen. Eine andere Person merkt an, dass die Meinungsvielfalt in ihrer Auffassung nur bedingt gegeben sei, da in ihrem Privatleben breitere Diskussionen geführt werden als an der Universität. Eine dritte Person erwähnt, dass die Meinungsvielfalt stark von der Person abhängt, die hierarchisch direkt über den Mitarbeitenden stehe.

Bei den **Dozierenden und Forscher:innen** werden Veränderungen beim Sprachgebrauch (z.B. Gendern) und Anpassungen in Gesetzestexten (z.B. LGBTQ+) sowie eine allgemein höhere Toleranz beobachtet. Relativierend eingebracht wird, dass die Meinungsvielfalt und Toleranz abhängig von den Machtträger:innen und den Tendenzen der Fakultätsmitglieder seien. Eine Person gibt an, in einem Forschungsbereich zu arbeiten, der an sich keine grossen Debatten hervorrufe, und sieht deswegen eine höhere Widerstandswahrscheinlichkeit bei unerwarteten oder innovativen Bemerkungen innerhalb des Publikationsprozesses. Ein:e Vertreter:in hat den Eindruck, dass Debatten rund um Cancel Culture mehr in den Medien hochgekocht als tatsächlich an der Universität gelebt werde. Zwei Personen geben an, negative Veränderungen zu beobachten: Beispielsweise seien Lehrveranstaltungen über rechte Philosophie heute nicht mehr möglich und die Themen wären in der eigenen Studienzeit vielfältiger gewesen. Die zweite Person erkennt eine deutliche Veränderung im Kontext der «Wokeness» und spürt eine zunehmende Unsicherheit, wie mit Konflikten umgegangen werden sollte. Sie beobachtet eine häufigere Nutzung von Triggerwarnungen und eine steigende Sensibilität bei Aussagen, die auf Minderheiten beleidigend wirken könnten. Gleichzeitig erkennt sie aber auch, dass an Schweizer Hochschulen langsam ein Kipppunkt erreicht sei und sich die Machtverhältnisse allmählich ändern.

Die **Professor:innen** beobachten ebenfalls eine gestiegene Toleranz und ein gutes (Diskussions-)Klima. Eine Person ist der Ansicht, dass Universitäten diesbezüglich stärker sensibilisiert werden, aber dass die Herbeiführung einer Veränderung ausgeblieben sei. Relativierend hervorgebracht wird auch, dass das eigene Institut eine homogene Gruppe sei. Als negative Einflüsse auf die Toleranz und Meinungsvielfalt werden der Anstieg von Fake News und Polarisierungstendenzen auch an Hochschulen sowie das Bashing von abweichenden Meinungen im Internet (z.B. Twitter) genannt. Eine kritische Stimme sagt aber, dass es gerade in Bezug auf Geschlecht, Race oder Umwelt schwierig sei, gegensätzliche Positionen einzunehmen, und beobachtet eine politische Tendenz nach links, während eine andere Person eine Spannungsverschärfung zwischen verschiedenen Interessensgruppen wahrnimmt (z.B. bei der Gleichstellungsdebatte). Eine dritte Person hingegen beobachtet einen Widerstand bei Neueinstellungen von jungen Mitarbeiter:innen, die in der Wahrnehmung der älteren Kolleg:innen als Aktivist:innen gesehen werden, und dadurch die Sorge schüre, dass die Grundwerte der Institution durch diese Veränderung beeinflusst werden.

3.2.3 Wie steht es um die Qualität der **DISKUSSIONSKULTUR** an den Schweizer Hochschulen, wenn Sie die letzten fünf Jahre berücksichtigen?

Neun der Teilnehmer:innen empfinden die Diskussionskultur als insgesamt gut oder sehr gut.

«Es gibt eine gute Diskussionsqualität, aber sie hängt viel von diesen Machtverhältnissen in den Universitäten ab, die dennoch sehr stark sind.»
(Dozierende:r/Forscher:in, Universität)

Bei den **Nachwuchsforschenden bzw. beim Mittelbau** wird festgehalten, dass die Diskussionskultur davon abhängt, wo sie praktiziert werde. Im universitären Kontext, beispielsweise bei der Verteidigung von Abschlussarbeiten oder auf Konferenzen, seien von Natur aus mehrere Standpunkte und unterschiedliche Orientierungen vertreten. Eine Person gibt an, dass innerhalb des eigenen Instituts eine sehr angenehme Diskussionskultur herrsche und dass auch der Raum für kontroverse Diskussionen gegeben sei. Dem gegenüber steht eine andere Person, welche angibt, eine Diskussionsmüdigkeit zu empfinden, welche möglicherweise mit der Pandemie im Zusammenhang stehe. Ebenfalls beobachtet sie, dass institutsübergreifende Diskussionen schwerer fallen aufgrund unterschiedlicher politischer und finanzieller Interessen sowie dem damit verbundenen Wettbewerbsdenken.

Auch bei den **Dozierenden und Forscher:innen** beobachtet eine Person, dass die wissenschaftliche Diskussionskultur unter der Pandemie gelitten habe, auch wenn diese Entwicklung auf die stärkere Diskussion struktureller und organisatorischer Fragen zurückzuführen sei. Hinsichtlich der Diskussionsqualität gehen die Meinungen etwas auseinander, während mehr Konsens hinsichtlich des Verbesserungspotentials besteht. Eine Person stellt eine negative Veränderung bezüglich der Diskussionskultur fest, während eine andere Person die Diskussionskultur im akademischen Umfeld als respektvoll wahrnimmt und die Schweizer Mentalität, Konfrontationen in einer ruhigen

Art anzugehen, schätzt. Als weitere positive Faktoren genannt werden der Schutz der Arbeit junger Forscher:innen sowie der Respekt für deren Urheberrecht. Verbesserungspotential für die Diskussionsqualität sieht man in einem stärkeren wissenschaftlichen Austausch zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Als gutes Beispiel hierfür wird die Digitalisierungsinitiative in Zürich genannt, welche diesbezüglich eine Verbesserung bewirken konnte. Ein:e Hochschulvertreter:in erkennt keine umfassende Diskussionskultur im kulturpolitischen Sinne, jedoch soll diese in den Masterstudiengängen zukünftig aufgebaut werden.

Bei den **Professor:innen** zeigt sich die gleiche Ambivalenz in Bezug auf die Entwicklungsrichtung der Diskussionskultur. Eine Person fragt sich, ob Konflikte wenig thematisiert würden, weil die Diskussionskultur aufgrund der verbreiteten Diskussionsfähigkeit gut sei oder weil gewisse Strömungen und Meinungen erst gar nicht zum Diskurs eingeladen würden. Eine positive Entwicklung wird mit der Konsenskultur sowie der starken und dialoggestützten Diskussionskultur begründet. Eine Person sagt hierzu: «Was mir an der Schweizer Hochschullandschaft bisher sehr gut gefallen hat, ist, wie eng vernetzt sie ist, dass man sich immer austauschen kann und es viele offizielle Plattformen, kleine Konferenzen, Symposien etc. mit Raum für intensive Diskussionen gibt.» Eine andere Person schätzt, dass sehr frei diskutiert und gelehrt werde sowie die Lehrthemen selber bestimmt werden können, was ebenfalls ein grosser Teil der akademischen Freiheit sei. Eine negative Entwicklungsrichtung wird damit begründet, dass die Gesprächsqualität aufgrund gemeinsamer Interessen früher besser war, die Arbeitsüberlastung und die Einnahme von sehr starken Positionen den Raum für Diskussionen verkleinern würde und hinderlich seien für fakultätsinterne Diskussionen. Raum für Verbesserungen sieht man in der klareren und expliziteren Gestaltung der Diskussionskultur.

3.2.4 Haben Sie den Eindruck, dass sich die **MEINUNGSVIELFALT UND TOLERANZ** an den Schweizer Hochschulen in Bezug auf bestimmte Themen verändert hat?

Insgesamt fünf Personen haben diese Frage mit «Nein» oder nicht beantwortet. Die häufigsten genannten Themen über alle Gruppen hinweg sind Gender (sechs Nennungen), die COVID-Pandemie, Herkunft respektive Race sowie Diversität (alle mit jeweils vier Nennungen).

«Die Pandemie hat zu einer Veränderung geführt. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gesellschaft wurden ersichtlich. Die Ursache dieser Veränderung liegt in der Pandemie selbst. Aber ob es sich wirklich um eine Veränderung der Meinungsvielfalt handelt oder ob durch die Pandemie diese Meinungsverschiedenheiten erstmals ersichtlich wurden, ist zu hinterfragen.»
(Nachwuchsforschende/Mittelbau, Universität)

In der Gruppe **Nachwuchsforschende bzw. Mittelbau** beobachten zwei Vertreter:innen, dass die Toleranz für Meinungsverschiedenheit während Corona abgenommen habe, aber auch dass das Auflockern der Pandemie nun wieder den Raum für kontroverse Diskussionen öffne. Ebenfalls finden Themen rund um Diskriminierung laut einer Person mehr Beachtung, wobei sie anmerkt, dass Mehrsprachigkeit, soziale Unterschiede sowie Vielfalt in der Herkunft eine Bereicherung im Lehrumfeld seien. Dennoch berichtet sie, dass die Einführung verdichteter Vorlesungsinhalte für mehrsprachige Studierende in ihrem Auditorium auf Widerstand stiess.

Bei den **Dozierenden und Forscher:innen** werden sowohl positive als auch negative Veränderungen hinsichtlich der Meinungsvielfalt und Toleranz genannt. Zwei Personen teilen die Beobachtung, dass die Meinungsvielfalt steige, aber die Toleranz gleichzeitig sinke, insbesondere in den Bereichen Diversität, Inklusion, Gender und Race. In diesem Kontext erwähnt eine Person Cancel Culture, während die andere erzählt, dass sie in einer Einführungsvorlesung zum Thema «Sprache und Wahrheit» eine provokante Bemerkung zum Thema Trumpismus und Rechtspopulismus gemacht habe und deswegen im Nachgang von einem Studenten die Kritik erhielt, sich politisch geäussert zu haben. Ebenfalls führen neue digitale Kommunikationsformen zur Forderung nach schneller Kommunikation im Wissenschaftsbetrieb. Eine Person beobachtet eine Entwicklung in der Ethik in Bezug auf bestimmte Themen (z.B. Rassismus und Gewalt an Frauen), wodurch gewisse Äusserungen weniger zugelassen werden. Eine andere Person erkennt eine grosse Unsicherheit bei der Toleranz gegenüber strittigen Haltungen zur Identitätspolitik. Die Einstellung, niemanden diskriminieren zu wollen, führe dazu, dass nur noch Meinungen geäussert werden, aber keine Debatten mehr erfolgen. Eine weitere Person ist der Ansicht, dass die Diskussionskultur aggressiver würde, was die Toleranz negativ beeinflusse und dazu führe, dass sich die Leute gegenseitig nicht mehr zuhören. Die höhere Toleranz und Themenvielfalt wird von einer Person auf Marketingmassnahmen von den Schweizer Hochschulen zurückgeführt. Dieses Vorgehen habe einerseits positive Konsequenzen (z.B. höhere Meinungsvielfalt), schränke aber andererseits paradoxerweise die Meinungsvielfalt und Toleranz wieder ein, was zu einem Kulturkampf führe.

Bei den **Professor:innen** sind die Meinungen ebenfalls geteilt. Eine Person lobt die Konsens- und die Diskussionskultur. Eine Person ist der Ansicht, dass die Toleranz dramatisch abfalle und diese Entwicklung, insbesondere bei den Themen Geschlecht, Race und Umwelt, besorgniserregend sei. Das persönliche Beispiel handelt von der Meinungsvielfalt im Umgang mit dem Klimawandel. Die eigene Institution erlaube Flugreisen erst ab zehn Stunden Reisezeit, aber mit dieser Regelung werde nicht auf die Wettbewerbsfähigkeit oder auf Kostenargumente Rücksicht genommen. Eine neutrale Beobachtung bezieht sich auf die Veränderungen in der gendergerechten Sprache, welche auf die MeToo-Bewegung und Aktivist:innen zurückgeführt werde. Eine der Ursachen für das Sinken der Toleranz vermutet eine Person im Einfluss der USA als Exzellenzmodell. In der Schweiz gäbe es aber einen gewissen Schutz der Position bei Nichteinhaltung der Vorgaben (z.B. inklusives Schreiben), was eine weniger aggressive Debattenkultur im Vergleich zu anderen Ländern zulasse.

3.2.5 Haben gewisse **FRAGEN, THESEN ODER MATERIALIEN**, die Sie im Rahmen von Lehrveranstaltungen formuliert bzw. verwendet haben, kritische, konstruktive oder andere Reaktionen ausgelöst?

«Wenn wir bestimmte Forschungen zu neuen Ansätzen im Studiengang bekannt machen, gibt es Studierende, denen das Perspektiven eröffnet, die sie so gar nicht kannten.» (Dozierende:r/Forscher:in, Universität)

Bei den **Nachwuchsforschenden bzw. beim Mittelbau** gibt es zwei Lager: Die einen haben solche Reaktionen auf Inhalte von Lehrveranstaltungen erlebt und die anderen nicht oder zumindest nicht in einer negativen Form (z.B. Anregungen für die Behandlung weiterer Themen im Seminar). Jene, die eine entsprechende Reaktion erfahren haben, erzählen von einem Seminar über die nationale Frage im Russischen Reich des 19./20. Jahrhunderts, welches zu Streitigkeiten über das pädagogische Verhältnis führte oder über Diversitätsfragen an Infoveranstaltungen. Die Person fügt hinzu: «Wenn man diese [Diversitäts-]Fragen verneinen muss, (...) wird das Thema weiterverfolgt. Diese Themen offen zu legen oder zu diskutieren ist manchmal eine grosse Herausforderung.»

Auch in der Gruppe der **Dozierenden und Forscher:innen** fallen die Erlebnisse unterschiedlich aus. Eine Person erklärt, dass bestimmte Themen in den Geisteswissenschaften auf einem sehr spezifischen Verständnis aufbauen, welches sich weniger auf gesellschaftliche Themen konzentrierte. Dies soll nun in der Lehrveranstaltung geändert werden, was positive Reaktionen ausgelöst habe. Eine andere Person erhielt für eine Veranstaltung zum Thema «Toxic Masculinity» positive Reaktionen. Eine Hochschulvertretung nimmt ebenfalls die Sensibilität an der eigenen Fachhochschule wahr, beispielsweise zu Inhalten aus der Zeit des Nationalsozialismus, beschreibt jedoch, dass ein offener Diskurs stattfindet, wenn bestimmte Inhalte genutzt werden. Eine Person ist der Meinung, dass Triggerwarnungen im Filmbereich mit dem eigenen Kunstverständnis kollidieren, was ebenfalls zu kritischen Aktionen bei Studierenden gegenüber Dozierenden geführt habe, wodurch in letzter Instanz ein Wechsel gefordert wurde. Ihrer Auffassung nach hat die COVID-Pandemie diese Entwicklung verstärkt. Weiterhin äussert sie, dass die Reaktionen der Studierenden dazu führen, dass sich die Medien einschalten und man bei aktuellen Themen erwarte, dass schnell reagiert werde. Grundsätzlich befürwortet sie die gestiegene Sensibilität gegenüber Materialien, weil dies eine konstruktive Diskussion ermöglichen, jedoch könne dies auch zu Blockaden und stark moralisierenden Haltungen führen.

Auch bei den **Professor:innen** werden Triggerwarnungen von einer Person als mögliche Beschränkungen für die akademische Freiheit genannt. Feedback von Studierenden nahm sowohl positive als auch negative Formen an. Eine Person veranstaltete einen Philosophiekurs zum Thema Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt und erhielt von Student:innen im Nachgang E-Mails, in denen sie sich bedankten, weil sie das Gefühl hatten, an der Universität nicht alles sagen zu können. Mit diesem Beispiel wurde betont, dass die akademische Freiheit mit der Pflicht einhergehe, in allen Fächern nach besten Kräften zu unterrichten und in diesem Sinne auch die Vor- und Nachteile zu diskutieren. Eine andere Person berichtet aber, dass sich einer der Studierenden bei ihr beschwerte, weil sie sich zu offen und parteiisch über die Auswirkung von Trumps Massnahmen auf

die Gleichberechtigung in den USA ausgedrückt habe. Es wurden auch Erfahrungen eher präventiver Natur genannt. Einerseits erzählte eine Person, dass sie im Vorfeld einer Vorlesung gebeten wurde, auf die Sprache zu achten, weil eine studierende Person mit der Identitätsproblematik, mit Rassismus und Sexismus konfrontiert war. Andererseits erzählte eine andere Person vom Atlas der Ideengeschichte, in dem Begriffe vorkommen, die heute nicht mehr benutzt werden, weshalb für diesen Inhalt ein Disclaimer geschrieben wurde. Die Debatte in der Literatur und die Wichtigkeit, allen eine Stimme zu geben, wurde aber auch von einer Person begrüsst, welche hinzufügte: «Ich befinde mich in permanenter kultureller Aneignung. Ich muss über einen Text aus einer anderen Kultur oder über eine Frau sprechen können, sonst macht Literatur keinen Sinn.»

3.2.6 Gab es **NEGATIVE RÜCKMELDUNGEN** innerhalb Ihrer Hochschule infolge von politischen Stellungnahmen oder öffentlichen Äusserungen von Ihnen oder Kolleginnen oder Kollegen?

Neun der befragten Personen beantworteten diese Frage mit «Nein» oder äusserten keine Antwort.

«Wenn Themen öffentlich und breiter werden, wird es interessant, denn erst dann gibt es wirklich eine Diskussion. Aber wenn man sich dann einzeln dazu äussert, spürt man, dass man angreifbar wird und sich nicht ernstgenommen fühlt.»
(Nachwuchsforschende/Mittelbau, Fachhochschule)

In der Gruppe der **Nachwuchsforschenden** bzw. **Mittelbau** äussert eine Person, dass es in den letzten Jahren negative Rückmeldungen in Zusammenhang mit einem Frauenstreik und der Kooperation mit China gegeben habe. Eine andere Person berichtet von einem Studenten, dessen politische Aktivitäten bekannt wurden, und fragt sich, wo die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Rufschädigung der Universität sei. Eine weitere Person erklärt, dass man bei Repräsentationsaufgaben innerhalb der eigenen Institution, bei welchen man im eigenen Namen für die repräsentierten Personen spreche, direkt negative Rückmeldungen erhalte.

Im Kreise der **Dozierenden** und **Forscher:innen** berichtet eine Person von unterschiedlichen Meinungen in Bezug auf die Corona-Massnahmen und dass die starke Stellungnahme der Dozierenden zu negativen Rückmeldungen führten. Eine andere Person erwähnt, dass es negative Äusserungen von einer dozierenden Person zu einem Seminar über Cancel Culture gegeben hätte. Wiederum eine andere Person berichtet von einer Aufforderung, dass ihr Fachbereich zu medial diskutierten Themen öffentlich Stellung nehmen müsse. Des Weiteren gäbe es an Schweizer Hochschulen generell, aber auch im eigenen Fachbereich, kritische Äusserungen zum Thema der Barrierefreiheit. Eine Person schildert an einem konkreten Beispiel, dass auch die politische Gesinnung von Studierenden (z.B. Rechtsextremismus) publik werde und für eine gewisse Zeit zu heftigen Debatten innerhalb der Hochschule führen könnte. Die gleiche Person sagt aber auch, dass in den vergangenen fünf Jahren in jedem Fachbereich der Hochschule eine Vertrauensperson, eine neue Mediator:in sowie ein Netz von Betreuungs- und Beratungsangeboten etabliert worden seien.

Eine Person aus der Gruppe der **Professor:innen** erzählt von sich häufenden Reaktionen der Studierenden, welche fordern, dass die Universität ein Schutzort vor Dingen sein sollte, mit denen sie nicht einverstanden seien. Diese Ansicht wird jedoch nicht geteilt, weil «die Rolle der Universität darin besteht, dafür zu sorgen, dass Studierende mit Dingen konfrontiert werden, mit denen sie nicht einverstanden sind.» Eine andere Person berichtet von Daniele Ganser, welcher durch die Hinterfragung der Corona-Massnahmen seine Habilitation verloren habe, was zur Folge gehabt habe, dass seine akademische Karriere verunmöglicht worden sei. Ein:e Vertreter:in erklärt, dass sich eine Kollegin zu China geäußert hätte und dafür Gegenreaktionen in den sozialen Medien erhalten habe, die letztlich auch zu Massnahmen auf institutioneller Ebene geführt hätten. Eine andere Person beschreibt, dass man sich gerade beim SNF unbeliebt mache, wenn man sich gegen die Kürzung des Doc.CH-Programms äussere.

3.3 Cancel Culture

3.3.1 Hat das Phänomen, das auf Social Media oder in konventionellen Medien als «**Cancel Culture**» bezeichnet wird, Ihrer Meinung nach einen Einfluss auf die Atmosphäre in der Forschung und Lehre an den Schweizer Hochschulen?

Vier Teilnehmer beantworten diese Frage nicht oder mit «Nein».

«Das Problem mit Cancel Culture ist, dass wir den Austausch plötzlich absagen. Als Hochschule müssen wir mutiger sein, Risiken einzugehen, aber wir dürfen diesen Dialog auf keinen Fall abbrechen.» (Dozierende:r/Forscher:in, Fachhochschule)

Eine Person aus dem Kreise der **Nachwuchsforschenden bzw. des Mittelbaus** kann sich vorstellen, dass Personen mit einer umstrittenen Meinung davon absehen würden, diese zu äussern, weil sie Angst hätten, gecancelt zu werden. Eine andere Person beobachtet die Entwicklungen bei den Studierenden in den letzten Jahren und ist bei der Anwendung theoretischer Modelle auf soziopolitischer Ebene vorsichtig, weil dies heftige Reaktionen hervorrufen könne. Wichtig sei, schon im Vorherein zu deeskalieren, wenn man schwierige Themen auf eine wissenschaftliche Weise behandeln möchte, ohne zu starke Reaktionen auszulösen. Eine weitere Person erkennt die Sensibilität und sieht deren Einfluss auf gewisse Themen als positiv an, da sie Veränderungen auslösen könne. Wiederum eine andere Person beobachtet, dass man einerseits gewisse Sachen online nicht mehr besprechen könne, aber andererseits als Universität noch stärker darauf achten müsse, dass alle Themen diskutiert würden und dadurch die Vielfalt gewährleistet würde.

Bei den **Dozierenden** und **Forscher:innen** sieht man in Cancel Culture sowohl eine Chance als auch ein Risiko. Ein:e Vertreter:in empfindet den Einfluss von Cancel Culture auf die Reflexionsatmosphäre als positiv, während die Anwendung der Selbstzensur sowohl als negativ als auch positiv wahrgenommen wird, weil dies dazu motiviere, keinen Shitstorm zu generieren und sich auf eine andere Weise mit der eigenen

Forschung auseinanderzusetzen. Diese Ambivalenz wird auch von einer anderen Person geteilt: «Es ist eine Bewegung, die heute in bestimmten Bereichen zu weit geht, aber interessant ist, weil sie uns dazu bringt, Fragen zu stellen und auf bestimmte Tatsachen zurückzukommen, die für uns alle akzeptiert zu sein scheinen.» Dass Cancel Culture nicht nur zur Selbstzensur sondern auch zu einer externen Zensur führen könne, wird ebenfalls thematisiert, indem eine Person Cancel Culture als Formulierung der reaktionärsten Menschen in der Gesellschaft definiert, die davor noch nie in der Wissenschaft oder den Medien gewesen wären. Diese Bewegung sei ein «Versuch, neue und wiederauflebende Forschung, Menschen oder Ansätze zum Schweigen zu bringen».

Bei den **Professor:innen** erwähnt ein:e Vertreter:in den Begriff «Négritude» und in diesem Kontext den Einfluss der Diskriminierung auf die Bildung. Sie hat bisher nicht den Eindruck, dass sie bestimmte Themen nicht hätte besprechen können, und fügt hinzu, dass Cancel Culture nicht einen Zwangseffekt habe, sondern eher einen Mentalitätswandel herbeiführe. Eine andere Person berichtet, dass Cancel Culture einerseits Einfluss darauf genommen habe, auf verbliebene Auslassungen der Geschichte hinzuweisen, also beispielsweise auf Menschen, die verherrlicht würden, deren Wertesystem jedoch nicht mehr dem heutigen entsprechen würde. Andererseits wird beobachtet, dass auch die Erinnerung an diese Charaktere zerstört werde, und ist deswegen der Auffassung, dass das Nichtlesen eines Textes eine sehr extreme Interpretation von Cancel Culture darstelle. Zwei Personen erkennen auch hier den Einfluss auf die Selbstzensur. Dies zeige sich in verschiedenen Formen, z. B. durch die sorgfältigere Auswahl von Themen, da Aussagen – leicht aus dem Kontext gerissen – zirkulieren würden und negativ interpretiert werden könnten. Eine Person hat aber auch beobachtet, dass sich die Mehrheit der Kolleg:innen zurückziehen und sich ausserhalb von Fachzeitschriften nicht mehr äussern würden, während andere Kolleg:innen sagen, dass man sich deshalb umso mehr äussern sollte. Und eben diese beiden Entwicklungen scheinen sich gegenseitig zu verstärken. Ein:e Vertreter:in steht gemäss eigenen Aussagen auf der Seite der ideologischen Minderheit und hat es satt, sich ständig rechtfertigen zu müssen, auf der Seite der ideologischen Minderheit zu stehen. In diesem Kontext wird das Beispiel des inklusiven Schreibens genannt, welches an der eigenen Universität vom Rektorat auferlegt werde, anstatt den Professor:innen/Mitarbeitenden mehr Freiheit zu lassen.

3.3.2 Sind Ihnen **FÄLLE** in der Schweiz bekannt, die **IM RAHMEN WISSENSCHAFTLICHER TÄTIGKEITEN** als «**CANCEL CULTURE**» bezeichnet werden können?

Ungefähr die Hälfte der Teilnehmer:innen äussert sich zu dieser Frage nicht oder antwortet mit «Nein»

«Ich habe Mühe mit dem Begriff Cancel Culture, weil ich nicht das Gefühl habe, dass dies so existiert beziehungsweise dass es eher eine Reaktion ist auf die Veränderungen und auch eine Angst». (Nachwuchsforschende/Mittelbau, Fachhochschule)

Aus der Kategorie **Nachwuchsforschende bzw. Mittelbau** erklärt eine Person, dass der Begriff Cancel Culture zu Diskussionen geführt habe und dazu, dass gewisse Sachen nicht stattfinden, wobei sie die Kollaboration mit China aufgreift. Eine andere Person erklärt, dass Cancel Culture das Problem verstärke, dass gegensätzliche Verhaltensweisen und Dateninterpretationen nur in einem theoretischen Rahmen zugelassen würden. Ein weiteres Problem sei zudem die Auffassung, dass wissenschaftliche Ergebnisse gegen diese Cancel Culture sprechen würden. Dieser Punkt wird aber nicht vertieft erläutert.

Bei den **Dozierenden und Forscher:innen** ist eine gewisse Ambivalenz spürbar zwischen einer gewissen Legitimität und einer Verurteilung solcher Aktionen. Ein:e Vertreter:in bestätigt, dass Fälle aus den Medien und bei Kolleg:innen im beruflichen Umfeld bekannt seien, wobei Skandale aber eher Einzelfälle bildeten. Eine andere Person schildert den Fall eines Professors der ETH, welcher wegen einer kritischen Position gegenüber Chines:innen sanktioniert worden sei und seine Aussagen hätte zurücknehmen müssen. Die Person findet es legitim, solche Positionen zu kritisieren, und fügt an: «Es gibt keine Grenze für legitimen moralischen Druck». Wiederum erzählt ein:e Vertreter:in von einem älteren, männlichen Professor, der im Rahmen einer Schauspieltagung eingeladen worden sei und aufgrund seiner Ausdrucksweise und seiner Veranschaulichungsbeispiele von den Student:innen im Publikum als diskriminierend wahrgenommen worden sei. Diese hätten sehr extrem darauf reagiert. Diese Art von Diskussionskultur wird als ungesund empfunden, weil man der Meinung ist, dass diese negative Art und Weise eher zu Blockaden führe.

Bei den **Professor:innen** können alle mindestens von einem Ereignis erzählen. Ein:e Vertreter:in berichtet von Kolleg:innen, deren Studierende sich geweigert hätten, Texte zu lesen, welche sie für das Gegenteil ihres eigenen Wertesystems hielten, und bewertet diese Einstellung als antiwissenschaftlich. Diese Haltung wird damit begründet, dass Freiheit auch bedeute, «mit dem konfrontiert zu werden, was andere denken, ihnen zuzuhören und in einen Dialog treten zu können.» Eine andere Person erzählt von einem Doktoranden, der dazu aufgefordert worden sei, Videos, in denen er seine Meinung gegen das inklusive Schreiben vertrete, nicht weiter zu verbreiten. Die gleiche Person erzählt von einem zweiten Beispiel in Genf, in welchem Studierende einen Redner unterbrochen hätten, weil er eine ihnen nicht genehme Position eingenommen habe. Das Rektorat hätte auf Sanktionen gegen diese Studierenden verzichtet, was die Person als sehr schlechtes Signal wertet, weil «wenn es darum geht, Angriffe auf die Meinungsfreiheit zu sanktionieren, geben die Universitätsbehörden kein sehr klares Signal». Ein:e Vertreter:in erinnert sich an eine SVP-Politikerin aus Genf, deren Auftritt an einer Hochschule von linken Gruppierungen gestürmt worden sei. Eine andere Person erzählt von Kunstwerken, die übermässig sexualisiert wirkten, jedoch im Kontext eines Kunstgeschichte-Kurses gezeigt worden seien. Später sei der Kontext aus den Inhalten gelöscht und die Bilder in Umlauf gebracht worden. Im Kontext der Universitäten wird die Verantwortung auf institutioneller Ebene gesehen, sodass «man, wenn es zum Beispiel um Klimadiskussionen geht, nicht irgendwelchen Manager:innen von Exxon eine Plattform bietet, um ihre Sicht einfach ungefiltert äussern zu können». Eine weitere Person berichtet von Öffentlichkeitsanlässen, die abgesagt worden seien.

3.3.3 Wie sollte Ihrer Meinung nach an Universitäten mit **Inhalten und Quellen** umgegangen werden, die diskriminierende (rassistische, frauenfeindliche, homophobe, antisemitische) Aussagen enthalten?

«Es ist notwendig zu erklären, warum bestimmte Leute zu einem bestimmten Zeitpunkt glaubten, sie hätten die Legitimität, das auszudrücken, was uns heute völlig im Gegensatz zu unserem zu stehen scheint.» (Professor:in, Universität)

Die **Nachwuchsforschenden bzw. der Mittelbau** sprechen sich mehrheitlich dafür aus, dass solche Quellen beizubehalten seien und kritisch diskutiert werden sollten. Es wird aber auch gesagt, dass beim Zitieren die Gefahr bestehe, dem diskriminierenden Diskurs dadurch Legitimität zu geben. Deshalb sei es wichtig, diesen Quellen einen wissenschaftlichen Platz zu geben und sie offen zu deklarieren. Durch eine solche Vorgehensweise würden verschiedene Perspektiven berücksichtigt und gleichzeitig Diskussionen mit den Studierenden gefördert. Eine Person gibt sogar an, dass der Nichtgebrauch dieser Quellen gegen die Wissenschaft spräche, aber diese Quellen sollten richtig präsentiert und mit Stellungnahmen versehen werden. Eine andere Person hingegen findet, dass die Universität ein Ort der Toleranz und des Austauschs sein müsse «und alles, was Personen aufgrund von Etiketten gewaltsam stigmatisiert, hat keinen Platz, weil es nicht zur Diskussion und zum gemeinsamen Aufbau einlädt».

Auch die **Dozierenden und Forscher:innen** befürworten mehrheitlich eine kritische Analyse und Kontextualisierung diskriminierender Inhalte. Ein:e Vertreter:in findet es zudem wichtig zu hinterfragen, ob es sich hierbei um historische oder zeitgenössische Quellen handle, aber in beiden Fällen müsse darüber debattiert werden. Selbstzensur wird von einer Person als kontraproduktiv eingeschätzt, während Triggerwarnungen unterschiedlich beurteilt werden: Während eine Person diese für sensible Inhalte empfiehlt, findet eine andere, dass sie an Universitäten nicht nötig seien, da man sich in einem Umfeld von erwachsenen Bürger:innen befände. Des Weiteren würde die Geschichte postfaktisch verwässert, wenn man nicht mehr darüber redete, und Diskussionen würden an Hochschulen gebraucht, benötigten aber auch eine gewisse Aufklärung (z.B. bei Erstsemestern). Eine weitere Person sieht Coaching-Programme und Weiterbildungen als Möglichkeit zu einer Verbesserung dieser Aufklärungsarbeit und wünscht sich mehr Bewusstsein zu bestimmten Themen.

Ein:e Vertreter:in der **Professor:innen** weist darauf hin, dass man ein gewisses Sensorium dafür haben sollte, dass Sprache auch verletzend sein könne. Zwei Personen sind der Ansicht, dass diese Inhalte nicht verheimlicht werden sollten, sondern stattdessen zu erklären sei, wie es zu solchen Aussagen/Ansichten hätte kommen können, die im Gegensatz zu den heutigen Ansichten ständen. Eine andere Person sieht in dieser Aufgeklärtheit zudem eine wichtige Voraussetzung, um die historische Situierung zu begreifen und dadurch eine Distanz zu markieren. Unter den Befragten finden sich auch zwei extreme Positionen: Eine Person findet, dass Universitäten eine Null-Toleranz-Politik haben sollten, während eine andere die Ansicht vertritt: «Im Kontext der Universität muss die Meinungsfreiheit fast vollständig sein.»

3.4 Anregungen und Lücken

Gibt es aus Ihrer ganz persönlichen Sicht noch **WICHTIGE ASPEKTE, DIE ZUM THEMA «AKADEMISCHE FREIHEIT AN DEN SCHWEIZER HOCHSCHULEN» GENANNT WERDEN MÜSSEN** und heute nicht zur Diskussion standen?

«Ich habe das Gefühl, dass die Organisation einer Hochschule den grössten Einfluss darauf hat, wie frei die Forschungspassieren kann. Zu erwähnende Punkte sind dabei: Wie werden die Anstellungsverhältnisse geregelt? Wie wird das Geld verteilt? Oder wie sind die Teams der Forschenden organisiert? Weil dies in den Fachhochschulen noch nicht so eine lange Tradition hat wie bei den Universitäten, sind grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen zu erkennen. Die Departementsleitung wie auch die Hochschulleitung können dabei einen sehr grossen Einfluss nehmen, und das finde ich teilweise problematisch für die Nachhaltigkeit und die Tiefe der Forschung». (Nachwuchsforschende/Mittelbau, Fachhochschule)

«Die Art und Weise, wie diskutiert wird, kann unterschiedlich sein, von anregend positiv zu anregend negativ. Es kann vorkommen, dass man sich anstatt im Austausch zu bestärken, es zu einem Wettbewerb kommt. Indem, dass man die Forschung des andern schlecht redet. Dies unterscheidet sich aber wahrscheinlich zwischen den Disziplinen. In der Wirtschaft kommt es wahrscheinlich häufiger zum Ellbogenkampf als in anderen Disziplinen. Dies wird dadurch ersichtlich, dass viele wirtschaftliche Papers damit beginnen, das andere Paper schlecht zu reden. Dieser Wettbewerb kann möglicherweise einen negativen Einfluss auf die akademische Freiheit haben.» (Nachwuchsforschende/Mittelbau, Universität)

«Ich finde es sehr wichtig, dass dieses Thema betrachtet wird und dass man diese Entwicklung an den Hochschulen im Blick behält. Auch im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung und Drittmitteln wird es als wichtigerachtet, dort einen Blick darauf zu werfen, welche Themen abgebildet werden und welchen nicht. Die finanzielle Unterstützung und die öffentliche Aufmerksamkeit, welche gewisse Forschungsprojekte erhalten, werden als sehr wichtige Punkte innerhalb der akademischen Freiheit betrachtet.» (Nachwuchsforschende/Mittelbau, Universität)

«Zur akademischen Freiheit gehören die hierarchischen Strukturen an den Universitäten und auch deren historisches Wachstum sowie das Finanzierungssystem. Das sind einfach wichtige Rahmenvorgaben für Forschungsthemen. Ich denke, dass hat eigentlich mehr Einfluss darauf, wie ich meine Forschungsthemen angehe und wie ich meine Forschungsthemen ausrichte als der öffentliche Diskurs.» (Dozierende/Forscher:in, Universität)

«Fragen, wie bildungsferne Menschen angesprochen werden, aber auch Themen rund um die Akademisierung (ein Bachelordiplom für einen Master) werden hier diskutiert. In der Lehre merkt man, dass die Forschung einen viel höheren Stellenwert hat als die Lehre. Diese Sichtweise kommt nicht einmal von innerhalb der Hochschule, sondern vor allem von aussen. Die Kategorisierung dessen, was richtig und was falsch ist, oder was Wert hat und was keinen Wert hat, oder ob man die akademische Sprache spricht oder nicht, kann einschränkend sein.

An unserer Fachhochschule gibt es das Thema Inklusion und was Inklusion bedeutet. Diese Inklusion betrifft auch Betroffene mit einer möglichen Behinderung und bei all den Themen, die diskutiert werden, tritt dieses Thema (die Inklusion von Betroffenen mit einer möglichen Behinderung) immer wieder in den Hintergrund, und wir haben das heute (im Interview) nicht besprochen. Meiner Meinung nach sollte diesem Thema generell aus wissenschaftlicher/forschungsbezogener Sicht mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir haben festgestellt, dass Betroffene mit einer bestimmten Einschränkung (z. B. Autismus-Spektrum) in bestimmten Förderprogrammen benachteiligt werden und es im akademischen Kontext gewisse Herausforderungen gibt, weil man immer von der Norm ausgeht. Betroffene, die bspw. im Autismus-Spektrum sind, reagieren sensibler auf bestimmte Dinge und als Hochschule gibt es dafür noch viel zu wenig Bewusstsein. Ich habe jetzt nur neurodiverse Menschen erwähnt, die zum Teil über eine sehr hohe Intelligenz verfügen, die aber aufgrund des Autismus-Spektrums extreme Probleme mit sozialen Situationen, mit den Räumlichkeiten, aber auch mit lauten Geräuschen haben. An unserer Fachhochschule haben wir dafür noch keine Lösung gefunden. Im letzten Jahr musste ein paar Mal festgestellt werden, dass es für diese Menschen schwierig ist und erschwert wird in dem Sinne, überhaupt gut studieren oder forschen zu können. Die Anregung, auf diese Probleme aufmerksam zu machen, wurde von der Universität selbst und vielleicht stärker als in der Vergangenheit geäußert. Es gab ein Forschungsprojekt im Theater, bei dem mit Barrieren und Zugängen sehr genau umgegangen wurde und man gemerkt hat, dass gewisse Dinge an unserer Fachhochschule sehr schlecht gelöst sind und aus dem Forschungsprojekt der Vorschlag entstand, diese Dinge (Rollstuhlfahrer, Menschen mit Sehbehinderung) hochschul-intern verbessert werden muss. Erstaunlich, dass das heute bzw. in dem Sinne, dass es vor fünf Jahren noch nicht wirklich ein Thema gewesen war, und dass ein Forschungsprojekt nötig war, damit es stärker in Gang gesetzt wird.» (Dozierende/Forscher:in, Fachhochschule)

«Ich denke, es gibt Tendenzen oder Bestrebungen, die akademische Freiheit neu zu definieren und zu sagen: «Wir sind für akademische Freiheit, aber sie muss emanzipatorisch sein.» Ich würde sagen, dass dies eigentlich ein Widerspruch ist, d.h. die akademische Freiheit darf nicht irgendwie inhaltlich begrenzt und politisch prädisponiert sein. Akademische Freiheit muss formal verstanden werden. Sie ist ein rein formaler Begriff, und sie sollte frei sein von politischen Vorgaben, wie z.B. der Emanzipation. Ich bin für Emanzipation, aber man sollte Emanzipation als politisches Ideal nicht einfach so auf die Wissenschaft übertragen, und das ist für mich eben kein wissenschaftlicher Wert. Es braucht eine formale akademische Freiheit, damit Wissenschaft funktionieren kann, sonst wird sie dysfunktional. Das ist meine Überzeugung aus diesen zehn Jahren Erfahrung. Es ist wichtig, dass die Wissenschaft funktioniert und dass sie produktiv ist.» (Dozierende/Forscher:in, Universität)

«Ich hatte das Gefühl, dass es mehr um die Debatte über die akademische Freiheit an den Universitäten ging, abgesehen vom Kontext des Kulturkampfes. Wenn Sie mich jetzt fragen würden, was die akademische Freiheit mehr einschränkt, die ganzen Kulturkämpfe oder die ganze Finanzierungsfrage, also die ganzen Drittmittelprojekte, dann würde ich tatsächlich sagen, dass es in der Praxis die Finanzierungsfrage ist, die sich wahrscheinlich stärker auf die akademische Freiheit auswirkt als die kulturpolitischen, kulturkämpferischen und ideologischen Debatten. Die ganzen Kulturkämpfe sind sozusagen die Ablenkungsmanöver, während das Aufpflügen aus dem akademischen Umfeld oder aus der Academia im Bereich der Finanzierung stattfindet. Ein Punkt, den wir jetzt nicht angesprochen haben, der aber eigentlich noch wichtig ist, ist, dass die führenden Diskurse im Bereich der Geistes- und Kulturwissenschaften derzeit ein bisschen im Trend liegen, also vor allem Gender und Race. Es scheint mir wichtig zu sein, gerade an der Schweizer Universität und im europäischen Kontext und im globalen Kontext, dass man sich klar macht, dass die Diskussionen oder die Diskurse alle aus Amerika kommen. Das Verständnis, wie man einen Begriff wie Gender und Race konzeptualisiert und versteht, wie man den Begriff kolonial oder postkolonial definiert, sind ursprünglich französische Theorien, die nach Amerika gewandert sind und dort durch amerikanische Institutionen, Praktiken, Sorgen und Ängste gefiltert wurden und zu uns zurückkamen. Wir können das nicht einfach unreflektiert übernehmen, sondern müssen die Diskurse auch historisieren, kontextualisieren und reflektieren, weil wir sonst einfach Kultur- oder Geisteswissenschaften nach amerikanischen Massstäben betreiben, und paradoxerweise praktizieren wir dann auch eine Form des amerikanischen Kulturimperialismus. Wenn wir den Begriff Race, wie er im amerikanischen politischen, kulturellen und sozialen Kontext verhandelt wird, einfach 1:1 übernehmen, ohne andere Kontexte zu reflektieren, funktioniert das nicht. Der Begriff hat eine lange Geschichte im amerikanischen Kontext, eine sehr spezifische Geschichte und eine legitime Geschichte, die ernst genommen werden muss, aber es ist nicht die gleiche Geschichte wie in anderen Kontexten. Wenn wir das tun und wenn wir nicht historisieren, sondern wenn wir den Begriff, diese Konzepte, die Denkformen und die Denkstile einfach unreflektiert übernehmen, dann beschneiden wir uns unter Umständen unbewusst auch in unserer akademischen Freiheit und produzieren wahrscheinlich auch keine wirklich gute Forschung. Die Reflexion über die Geschichte der Methodologie ist wichtig. Denn als Anglist habe ich sozusagen auch das Wissen, um zu verstehen, was eigentlich passiert ist, als die französische Theorie durch einen amerikanischen kulturellen Kontext gefiltert wurde und zu uns zurückkam.» (Dozierende/Forscher:in, Universität)

«Die zentrale Frage der Finanzierung bzw. der Abhängigkeit von Forschung und ihrer Finanzierung wurde nicht angesprochen. Nur bei der Beantragung von Fördergeldern (beim SNF) habe ich mich in meiner Forschungspraxis aufgeregt. Uns ist bewusst, dass es Regeln gibt, die mehr oder weniger zum Ausdruck gebracht werden, z.B. das sind Dinge, die uns manchmal gesagt werden (wenn du dein Stipendium bekommen willst, musst du das in dein Forschungsprojekt einbauen, wir müssen es in diese Richtung umarbeiten), fand ich ziemlich nervig, ein wenig künstlich schon. Ich habe manchmal Zutaten hinzugefügt, die für mich nicht wirklich notwendig waren, aber um zu helfen, Fördermittel zu erhalten. Frage zum Forschenden-Typus, den man haben muss, um Fördergelder zu erhalten: Es scheint, dass der SNF einen Forschenden-Typus etabliert hat, dem man vertrauen kann, und die anderen aussen vor lässt. Es ist schwer zu erfüllen. Wenn wir wegziehen, kann es schwierig werden, Geld zu bekommen, was schade ist.» (Dozierende/Forscher:in, Universität)

«Es gab ein paar Fragen zur Cancel Culture, die ein ziemlich vages Konzept ist. Es gibt das, was Medien, Politiker und Kulturwissenschaftler verstehen. Es wäre sinnvoll, das Konzept zu definieren, bevor Sie Fragen zu diesem Konzept stellen, um sicherzustellen, dass alle Gesprächspartner über dasselbe sprechen. Zu Beginn des Fragebogens setzen Sie den Rahmen, indem Sie die Wissenschaftsfreiheit definieren, vielleicht könnten wir dasselbe für Fragen zur Cancel Culture tun.» (Professor:in, Universität)

«Ich denke, ein interessanter und strittiger Punkt bleibt immer, dass Dozenten an einer Universität ihre eigenen politischen Präferenzen haben, sie haben ihre eigenen politischen Meinungen. Natürlich sollte das nicht die Grundlage ihrer wissenschaftlichen Untersuchung und schon gar nicht ihres Unterrichts bilden. Aber ich denke auch, dass es einen besseren Weg geben muss, damit umzugehen, denn jeder, der an einer Universität arbeitet, ist natürlich auch nur ein Mensch, also darf man seine Meinung haben. Und das bringt mich wieder zurück zu dem, was ich im Einstellungsprozess gesagt habe. Ich glaube nicht, dass Sie von potenziellen Mitarbeitern an einer Universität erwarten können, dass sie nie einer politischen Partei angehört oder ehrenamtlich gearbeitet haben usw., denn Sie sollten in der Lage sein, Ihren Werten nahe zu bleiben, auch wenn Sie an einer Universität arbeiten, wo von Ihnen erwartet wird, dass Sie die Werte aller annehmen, einschliesslich der Werte, die Ihren eigenen widersprechen könnten. Wenn es respektvoll gemacht wird, sollte es meines Erachtens weder im Einstellungsprozess noch auf Bewertungs- oder Institutionsebene zu Rückwirkungen kommen, die Kandidaten daran hindern sollten, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Ich weiss zumindest, dass dies aufgrund der sehr spezifischen Richtlinien etwas schwierig bleibt und ich daher nicht weiss, ob es so funktioniert wie an anderen Schweizer Hochschulen. Aber ich denke, es bedarf definitiv einer weiteren kritischen Betrachtung, wie das gesichert oder vielleicht ein bisschen reformiert werden kann.» (Professor:in, Universität)

«Mir ist einfach wichtig, dass man Wissen nicht absolut setzt, sondern diese soziale Epistemologie mitberücksichtigt. Wenn wir das nicht tun, verkürzen wir unseren Begriff von Wissen. Dann ist er letztlich nicht realitätsdicht.» (Professor:in, Universität)

«Vielleicht wiederhole ich mich da, aber nochmal: Cancel Culture ist kein grosses Problem, sondern etwas, das heraufbeschworen wird von einer recht-öffentlichen Präsenz, die sich trotzdem marginalisiert und diskriminiert fühlt (z.B. Phänomen Trump, der sich trotzdem als Opfer inszeniert hat). Wichtig ist die Unterscheidung Cancel Culture als Diskurs (mehr) und als Praxis (wenig).» (Professor:in, Universität)

4 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:



Ein Grossteil der befragten Teilnehmer:innen beschreibt die akademische Freiheit als ein Narrativ der selbstbestimmten Definition und Entwicklung von Forschungs- und Lehrprogrammen. Dennoch gelten in der Schweiz und auch darüber hinaus unterschiedliche Umstände zur Verwirklichung dieser Freiheit, vor allem mit Hinblick auf den jeweiligen Forschungsbereich.

Ein signifikanter Anteil der Interviewpartner:innen nimmt eine geringere Legitimation der Geistes- und Sozialwissenschaften innerhalb der akademischen Landschaft wahr, die von den Teilnehmer:innen mit einer Vielzahl von Gründen referenziert wurde. Die Autor:innen argumentieren deshalb, dass die genannten Ursachen (z.B. Trübung durch Politik und andere Forschungsfelder, geringere Budgets und Fördermittel sowie Hinterfragung der Nützlichkeit) im Zusammenhang damit stehen, dass Forschungsprojekte aus diesen Themenbereichen (mit Ausnahme der Wirtschaftswissenschaften) weniger ökonomisch angetrieben und privatwirtschaftlich nachgefragt sind als etwa solche aus den Naturwissenschaften. Es erschliesst sich, dass die Kumulation verschiedener Faktoren nicht nur zu einer Illegitimität von aussen, sondern auch zu einer Einschränkung der akademischen Freiheit innerhalb der Geistes- und Sozialwissenschaften führt. In diesem Kontext korreliert die Anerkennung verschiedener Wissenschaftsbereiche ebenfalls stark mit den angewandten Forschungsmethoden. Während vor allem in künstlerischen Domänen neue und fallweise aufwändigere Ansätze (z.B. in der Textredaktion) zur Erarbeitung von Forschungsergebnissen angewendet werden, verfolgen die Natur- und Wirtschaftswissenschaften meistens bekannte und etablierte Praktiken, welche z.B. die Bewilligung von Forschungsmitteln begünstigen können. Zudem steigt die öffentliche und politische Befürwortung der angewandten, ergebnisorientierten Forschung, da diese im Gegensatz zur Grundlagenforschung stärker in der Praxis und nicht zuletzt in der Wirtschaft angesiedelt ist.

Obwohl Fachhochschulen auf dem Prinzip der Praxisorientierung fussen, wird auch diesen Institutionen die akademische Legitimation teilweise aberkannt, wenn beispielsweise für die Bewilligung von Forschungsanträgen universitäre Kollaboration vorausgesetzt wird. Zudem sind es die Universitäten selbst, welche das Promotionsrecht an Hochschulen blockieren. Doch nicht zuletzt spielt auch die ausführende Person eine massgebliche Rolle für die Entfaltung der akademischen Freiheit, welche vor allem durch ihr Alter, das Geschlecht, den akademischen Werdegang und die institutionelle



Position geprägt ist. Diese These wird einerseits dadurch verdeutlicht, dass das Mitbestimmungsrecht innerhalb akademischer Einrichtungen, etwa bei der Entwicklung ethischer Richtlinien oftmals erst ab einer bestimmten Hierarchieebene wirksam wird. Andererseits argumentieren die Studienteilnehmer:innen, dass nicht allein die Forschungsfrage darüber entscheidet, ob ein Projektantrag bewilligt wird, sondern vielmehr die antragstellende Person und ihre bisherige Laufbahn.

Wie sehr beeinflussen finanzielle Strukturen die akademische Freiheit in der Schweiz? Diese Frage lässt sich mit einem Blick in die Interviews rasch beantworten, denn die Teilnehmer:innen betonen einen hohen Grad der Abhängigkeit akademischer Institutionen von der Finanzierung durch Drittmittel. Noch mehr aber setzt diese Art der Finanzierung einen exzellenten akademischen Werdegang der antragstellenden Personen sowie einen hohen Anpassungsgrad in der Themenauswahl, im Projektbescrieb und in der Kollaboration mit Universitäten oder Vertreter:innen aus der Privatwirtschaft voraus. Ebenso sei die Erfolgsquote für eine limitierte Selektion von aktuellen Themen aus dem Bereich Digitalisierung, Gesundheit (einschliesslich COVID) und Nachhaltigkeit grösser als für solche aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, wobei sich vor allem Forschende von (Kunst-)Fachhochschulen über die schwer zugänglichen Fördermittel äusserten. Besonders oft in diesem Kontext berichteten die Teilnehmer:innen von ihren Erfahrungen mit dem SNF, welcher sehr enge Kriterien für das Auswahlverfahren von Projekten setzt. Relativ prägnant zusammenfassen lässt sich diese These mit einer Professor:innen-Aussage, welche erklärt, der SNF habe einen vertrauenswürdigen Forschenden-Typus etabliert, den man als antragsstellende Person aufweisen müsse, um Fördergelder zu erhalten. Personen, die diesen Typus erfüllen würden oder Anträge dahingehend aufbereiteten, um diesem Typus zu entsprechen, genössen schliesslich alle (akademischen) Freiheiten, die ihnen das Gesetz zusicherte. Doch viel fragwürdiger ist, wie viel von dieser Freiheit schon vorab aufgegeben werden musste, um diesem Typus gerecht zu werden. Die drohende Kürzung öffentlicher Mittel nötigt schliesslich die Forschenden zur Suche nach privaten Finanzierungen, welche den Verlust der staatlichen Unabhängigkeit gegenüber der Privatwirtschaft und die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit zur Folge hat. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass - auch wenn die Frage der finanziellen Orientierung nicht konkret in den Interviews aufgegriffen wurde - sich deutlich ergab, dass diese einen grossen Einflussparameter auf die akademische Freiheit darstellt, vor allem für diejenigen, die von Natur aus den Anforderungen von Stiftungen nicht gerecht werden können, weil ihre Forschung im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften angesiedelt ist.



Unter allen Teilnehmer:innen ist eine steigende Präsenz und ein vorherrschender Konsens zu Themen der Cultural Studies, inbegriffen Diversität, Gender und LGBTQ+, zu beobachten. Viele Vertreter:innen berichten ausserdem von der Auswirkung dieser Präsenz auf institutioneller Ebene, sei es mittels Förderung interner Studien, Erarbeitung ethischer Richtlinien oder Einrichtung von Ansprechpersonen oder Gleichstellungs- und Diversitätsbüros. Gleichzeitig entpuppt sich hinter der steigenden Offenheit zur Meinungsvielfalt eine sinkende Toleranz gegenüber Ansichten, die nicht dieser neuen Norm entsprechen. Einige Teilnehmer:innen berichten von einer abgeschwächten Debattenkultur innerhalb ihrer Institutionen, nicht nur weil Konsens über gewisse Themen herrsche, sondern auch weil das Bekenntnis zu kontroversen Standpunkten negative Reaktionen und sogar Sanktionen zur Folge haben könne. Hierbei sei vor allem eine gestiegene Sensibilität bei den Studierenden spürbar, weshalb bestimmte Lehrinhalte, die diskriminierende Aspekte beinhalteten, aus dem Curriculum entnommen oder vorab entsprechend angepasst werden müssten. Ein Grossteil der Befragten schliesst nicht aus, dass diese Entwicklung auch im Zusammenhang mit Cancel Culture stehe, wobei deren Präsenz eher auf (mediale) Diskurse und weniger auf praktische Fälle zurückzuführen sei. Die Auswirkungen werden ambivalent bewertet, da Cancel Culture teilweise die Unsicherheit erhöhte und zu einer wahrgenommenen Einschränkung der eigenen Meinungsfreiheit führen würde, aber es ergäben sich auch positive Effekte, insbesondere auf die Präsenz von und die Sensibilisierung für kulturelle Themen.

5 Anhang

5.1 gfs.bern-Team



URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet, aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.



ANNICK DORIOT

Junior Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ annick.doriot@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik



ROLAND REY

Mitarbeiter Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



NICOLE CALAME (STRATEGISCHE PARTNERIN FÜR DIE ROMANDIE)

Moderatorin und Psychologin

✉ nicolecalame@me.com

Schwerpunkte:

Fokusgruppen, Workshops und Einzelgespräche (Moderation),
qualitative Marktforschung, soziologische und politische Studien

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied von SWISS INSIGHTS und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizemarktforschung.ch

**SWISS INSIGHTS**
Institute Member

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.